

Resolution zur Sicherung einer ausgewogenen orthopädisch-traumatologischen Versorgung in Wien

Die Kurie angestellte Ärzte der Kammer für Ärztinnen und Ärzte in Wien bringt ihre deutliche Sorge über die geplanten Umstrukturierungen im Rahmen des Wiener Gesundheitsplans zum Ausdruck. Insbesondere die vorgesehene Reduktion stationärer Kapazitäten, überwiegend im orthopädischen Bereich, wirft grundlegende Fragen hinsichtlich Versorgungssicherheit, Qualität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitssystems auf. Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen benötigt ein stabiles Gleichgewicht zwischen ambulanter und stationärer Versorgung – gerade in medizinischen Disziplinen, die stark von demografischen Veränderungen betroffen sind.

Feststellungen

1. Die vorgesehene Verringerung stationärer Betten erfolgt in einer Phase steigender Bevölkerungszahlen, wachsender Erkrankungslast und zunehmender Alterung der Patientinnen und Patienten.
2. Der orthopädische Bereich wäre besonders betroffen, obwohl bereits heute strukturelle Engpässe in der traumatologischen Versorgung bestehen.
3. Die Orthopädie, deren Bedeutung angesichts steigender Patientenzahlen, höherer Lebenserwartung und wachsender Anforderungen an Mobilität stetig zunimmt, verlagert sich zunehmend in den Bereich privater Krankenanstalten – ein Trend, der die öffentliche Versorgung schwächt.
4. Orthopädische Patientinnen und Patienten benötigen verlässliche stationäre Strukturen für postoperative Mobilisation, die Versorgung komplexer Verletzungen, Rehabilitation sowie eine eng abgestimmte interdisziplinäre Zusammenarbeit.
5. Ein Abbau stationärer Kapazitäten würde absehbar zu höheren Komplikationsraten, längeren Wartezeiten und verstärkter Chronifizierung orthopädischer Erkrankungen führen.

6. Gerade in dieser Situation ist die Stadt Wien gefordert, mit ihren Gemeindespitälern Verantwortung zu übernehmen und eine starke, öffentlich zugängliche orthopädische Expertise aufrechtzuerhalten.
7. Der Erhalt der Mobilität – ein zentrales Ziel orthopädischer Medizin – hat nicht nur individuelle, sondern erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung.
8. Die geplante Zusammenführung des orthopädischen Zentrums am Standort Penzing mit der unfallchirurgischen Abteilung der Klinik Ottakring unter unfallchirurgischer Leitung sendet daher ein Signal, das weder fachlich noch gesundheitspolitisch überzeugt.

Bewertung

Eine moderne Gesundheitsstrategie sollte ambulante Angebote stärken, ohne die stationäre Versorgung auszudünnen oder gegeneinander auszuspielen. Gerade im orthopädischen und traumatologischen Bereich braucht es stabile stationäre Strukturen, damit Qualität, Sicherheit und Effizienz gewährleistet bleiben. Ein weiterer Bettenabbau würde Wartezeiten verlängern, Personal und Ressourcen überlasten sowie absehbar zu Qualitätsverlusten führen. Am Ende wäre die Versorgungssicherheit der Wiener Bevölkerung gefährdet.

Forderungen

1. **Stoppen** der geplanten Reduktion orthopädischer stationärer Kapazitäten, bis eine unabhängige Bedarfsanalyse vorliegt.
2. **Sicherung** eines eigenständigen, ausreichend ausgestatteten orthopädischen Angebots innerhalb des öffentlichen Spitalswesens der Gemeinde Wien.
3. **Reevaluierung** der im Raum stehenden Zusammenführung Ortho/Unfall Penzing–Ottakring unter Einbeziehung ärztlicher Fachgesellschaften, Pflege, Patient*innenvertretungen und wissenschaftlicher Expertise.
4. **Strategische Weiterentwicklung** der orthopädisch-traumatologischen Versorgung unter dem Leitgedanken, Mobilität und Lebensqualität der Bevölkerung langfristig zu gewährleisten.